

89.167



DIE POLNISCHE FRAGE.

Über die polnische Frage ist zwar viel gesprochen und noch mehr während dieses Weltkrieges geschrieben worden, doch fehlt bis heute eine übersichtliche, tunlichst unparteiische Zusammenfassung jenes höchst wichtigen europäischen Problems sowohl in politischer als auch militärischer Hinsicht, was angesichts der sich immer mehr aufdrängenden Entscheidung gerade jetzt nachgetragen zu werden verdient.

Als ausgesprochenes Kriegsziel der Mittelmächte war die Wiederaufrichtung Polens anfänglich zweifellos nicht beabsichtigt, wie dies übrigens seitens leitender Staatsmänner offen zugestanden wurde. Deutschland musste nämlich vorerst im Osten defensiv auftreten, besonders als durch Auspringen der italienischen Mitwirkung weit mehr eigener Kräfte im Westen eingesetzt werden mussten, als dies ursprünglich beabsichtigt war.

Trotz dieser deutschen Kräfteverschiebung konnte jedoch ein offensives Auftreten Österreich-Ungarns gegen Russland nicht aufgegeben werden, falls dieser Koloss am entscheidendem Vorgehen gegen Deutschlands Rücken halbwegs aussichtsvoll gehindert werden sollte. Daraus entstand der vielen Uneingeweihten so risikiert scheinende Offensivstoss der I. und IV. österreichisch-ungarischen Armee über die Tanew-Niederung auf Lublin, unter blosser Sicherung an der sehr stark bedrohten galizischen Ostgrenze.

Diesem militärischen Entschlusse entsprechend gewann die polnische Frage zu jener Zeit, allerdings zunächst für Österreich-Ungarn, erhöhte Bedeutung. Statt in rein östlicher Richtung, also in kleinrussisches (ukrainisches) Gebiet, führte sowohl diese erste öst.-ung. Unternehmung gegen Lublin als



auch die bald darnach folgende gemeinsame Offensive beider Zentralmächte auf dem linken Weichselufer, in rein polnische Gegenden, musste daher statt der im Frieden vielfach erwarteten ruthenischen Frage, das vielleicht für die seinerzeitigen Teilungsmächte weniger bequeme polnische Problem notgedrungen aufrollen.

Um Russlands militärische Vorbereitungen im westlichen Aufmarschraume einigermaßen zu erschweren, glaubte der öst.-ung. Generalstab die seit der Annexionskrise zu jenem Behufe in Galizien geduldete militärrevolutionäre Organisation der Piłsudski-Leute gleich zu Beginn des Krieges loslassen zu sollen, doch versagten angesichts der über Erwartungen fortgeschrittenen russischen Mobilisierung jene ohnehin all zu extravaganten revolutionären Bestrebungen nahezu vollkommen.

Dafür gewann die Legionsidee des bewaffneten Mittuns speziell organisierter freiwilliger polnischer Formationen an Seite Österreich-Ungarns gegen Russland, besonders nach erfolgter Konstituierung des Obersten polnischen Nationalkomitees, an tatsächlichem Werte.

Gestützt auf die offiziös in Gegenwart des Ministers des Äusseren Anfang August 1914 durch den Chef des öst.-ung. Generalstabes in Aussicht gestellte Rückgewinnung Polens mit einer damals militärischerseits als unerlässlich bezeichneten minimalen Ostgrenze von: Kowno-Grodno-Brześć Litewski und Rowno, ist der polnische Enthusiasmus begreiflicherweise hochgespannt worden. Jünglinge und Altern die sowohl aus Russisch-Polen, als auch aus dem vom Feinde bereits überfluteten Galizien, eilten trotz aller Schwierigkeiten nunmehr zu diesen Legionen. Auch Piłsudski blieb mit seinem sozialrevolutionärem Anhang nach momentanem Fiasko seiner Spezialpläne kein Ausweg möglich als jener allgemeinen Strömung zu folgen und er wurde damals, freilich zu grossem Nachteil dieser nunmehr ausgesprochen militarisierter Formationen, — nach normalem Landsturmeide in die Legionskaders eingefügt, wo er auch anfänglich ganz geschickt und tapfer, oftmals sogar mit zweifellosem Erfolge, eine Zeitlang mitkämpfte.

So hatte Österreich-Ungarn notgedrungen und vielleicht auch ohne besondere Begeisterung zu jener Zeit in der polnischen Frage die Führerrolle übernehmen müssen, ohne indessen seiner Lieblingsidee, nämlich der in wiener Regierungs- sowie hohen Militärkreisen besonders gepflegten, wenn auch wenig reellen, und durch die Verhältnisse eben zurückgestellten ruthenischen Expansionsrichtung ernstlich zu entsagen.

Das katholische, der westlichen Kultur seit Jahrhunderten zugehörige, durch die Russen hartbedrängte Polen, brachte damals Österreich-Ungarn grosse Hoffnungen mit tiefer Sympathie entgegen, obzwar ihm angesichts der strengen russischen Vergeltungsmassnahmen und der anfänglich wirklich wie eine Dampfwalze auftretenden moskowitzischen Übermacht das offene Bekennen dieser Gefühle ganz unmöglich blieb.

Ein merkwürdig hartes Benehmen der einmarschierenden verbündeten Truppen, welche trotz aller Freundschaftsversicherungen unbegründetes Misstrauen nebst rücksichtslosem Vorgehen den Einwohnern P o l e n s eindringlichst fühlen liessen, brachte aber im Gegensatz zum einschmeichelnden Verhalten sowie den bethörenden Versprechungen der weit geschickteren Russen, welche ausserdem damals so grosse Erfolge feierten, begreifliche Verwirrung in die polnischen Reihen. Nachdem beinahe ganz Ostpreussen, der grösste Teil Polens, sowie nahezu ganz Galizien bis tief nach Ungarn hinein in russischen Besitz gelangt war, musste auch das anfängliche Vertrauen zur Kraft der Zentralmächte ganz naturgemäss vielfach schwinden.

Die slavophile Propaganda der Russen war zu jener Zeit auch sehr geschickt und tatsächlich verlockend, wenn sie auch bald ihr wahres Gesicht in jenen administrativen Verfügungen zeigte, welche beinahe ganz Galizien als kleinrussisches, jetzt bloss rückgewonnenes Gebiet behandelten und von der berühmten Autonomie Polens nicht einmal mehr eine Erwähnung dulden wollten.

Nach geglücktem Durchbruche bei Gorlice und dem überraschend schnellen Rückzuge der Russen hätte eine vernünftige, die speziellen Verhältnisse berücksichtigende wohl-

wollende Politik den Polen gegenüber, diese leicht aufbrauchende und eben deshalb unschwer zu gewinnende Nation den beiden Zentralmächten völlig zuführen können. Man erwartete polnischerseits erlösende, den früheren Versprechungen Österreich-Ungarns angepasste, besonders freundschaftliche Schritte und hoffte, dass das siegreiche deutsche Reich sich nach diesem Vorbilde zu weitgehendem Kurswechsel nunmehr entschliessen werde.

Statt dessen begannen unbegreifliche, den Stempel vorgefasster, förmlich rachesuchender Verfolgung tragende Massnahmen verbündeter Truppen gerade in dem glücklich befreiten Galizien, eine rücksichtslose materielle Ausbeutung der okkupierten Teile Polens setzte mit wahrhaft krankhafter Spionerie überall ein und es hatte wohl den Anschein als ob man jetzt, in übergelohendem Kraftgefühl, jeglichen Anlehnungsversuch der Polen absichtlich aussichtslos machen wollte.

Ein ganz einfältiger, schlecht intentionierter, dabei völlig unfähiger militärischer Statthalter wurde in der Person des armeebekanntesten G. d. I. von Colard dem schwer geprüften Kronlande Galizien zu dem vermeintlichen Zwecke damals aufgedrängt, um dort „Ordnung“ zu schaffen. Seine gottlob nur kurze Misswirtschaft desorganisierte jedoch gründlich die durch zügellose Requisitionen ohnehin hart betroffene galizische Produktion, seine provokatorisch arbeitenden Polizeiagenten brachten das ganze Land in einen unverdienten Ruf allgemeiner Unverlässlichkeit.

Die nunmehr in solch ungünstigem Sinne beeinflussten öst.-ung. Zentralbehörden, vor allem die merkwürdig polenfeindliche oberste Heeresleitung, behandelten jetzt demgemäss auch die ganze hochwichtige Polenfrage und deren günstige Lösung blieb tatsächlich völlig unversucht, obzwar bekanntermassen Deutschland diesbezüglich bis zum Frühjahr 1916 sowohl Vorhand als Initiative der zunächst interessierten Habsburgischen Monarchie loyalst gelassen hatte.

Jene bedeutende Mithilfe, welche Deutschland zur Bezwingung Serbiens und am Balkan im Herbst sowie Winter 1915/16 leisten musste, noch mehr aber die bedauerliche Niederlage bei

Łuck, welche durch allzugrosse Schwächung der öst.-ung. Ostfront zu Gunsten der zwar schönen, jedoch schliesslich ergebnislosen österreichischen Maioffensive gegen Italien mitverschuldet war, spielten ganz naturgemäss auch die wichtige polnische Frage immer intensiver in deutsche Hände.

Durch die Proklamation vom 5. November 1916 wurde die Mitarbeit beider Zentralmächte in der polnischen Frage offenkundig begonnen und sollte Polens Unabhängigkeit hiedurch für alle Zukunft gesichert bleiben. Doch hatte man jenen Staatsakt zu ziemlich ungünstiger Zeit verlautbart, die russische Übermacht drohte noch damals allzusehr aus dem nahen Osten und die beiden Mittelmächte hatten sich leider zu weiteren, die faktische Unabhängigkeit gewährleistenden, etwas herzhafteren, grosszügigeren Massnahmen nicht aufzuschwingen vermocht. Hiedurch blieb der in Polen unerlässliche wärmere Ton bedauerlicherweise gänzlich aus und es wurde nicht einmal die Mitarbeit der wenigen hoffnungsfreudigeren Polen unter diesen Verhältnissen wesentlich ermöglicht.

Ein dunkler Schatten misstrauischer Voreingenommenheit haftete leider von Haus aus auf diesem schönen Entschlusse und ein Gefühl schlechten Gewissens jenem selbsterweckten Staatsgebilde gegenüber verhinderte beide interessierten Teilungsmächte, mit der Gesamtheit der Polen eine offene, nach gerechter Verständigung strebende Aussprache zu pflegen. Ohne solche prinzipielle Auseinandersetzung konnte das Russland abgenommene polnische Gebiet staatlich doch nicht organisiert, noch weniger aber zu einer militärischen Kraftäusserung befähigt werden, umso mehr als man ihm eine wirklich nationale, eigene Regierungsgewalt erst in allerletzter Zeit, aber unter viel zu sehr einschränkenden Verhältnissen endlich bewilligte.

Es darf freilich nicht vergessen werden, dass der seit Jahrzehnten unter dem traditionellen Einflusse preussisch-russischer Freundschaft ausgeübte, besonders harte antipolnische Kurs in den deutschen Ostprovinzen seine störende Rückwirkung auf jene Auftätigkeit ausüben musste. Doch hätte eben hier das starke siegreiche Deutschland eine ausgiebige

Kursänderung aus eigenem Antriebe vollziehen können, es durfte und sollte in hochherziger Gebärde sowie mit nobler Geste das noch Trennende abschaffen und neue Bahnen durch vertrauenerweckendes Auftreten öffnen. Die leicht erregbare, jedoch auch sehr empfängliche polnische Nation hätte eine derart ritterlich ausgestreckte Hand niemals abgewiesen und vor Allem das vertrauensvolle Zugeständnis einer wirklich selbständigen, eigenen und durch die Polen selbst besorgten Organisation, mit Erkenntlichkeit sowie Gegenvertrauen quittieren müssen.

Die kleinliche Bevormundung unter fortwährendem Mißtrauen verträgt jedoch der lebhaft Pole noch viel schlechter als Andere. Die im Okkupationsgebiete vielfach angewandte rücksichtslose Ausbeutung und jene wie absichtliche Übervorteilung empfundenen allzuharten Verwaltungsmassnahmen haben die militärische Okkupation Polens vielfach diskreditiert und zu einer leichteren beiderseitigen Verständigung kaum beigetragen. Zwar versuchten die Österreicher einen vernünftigeren Kurs unter Baron Diller und Graf Szeptycki einzuschlagen, doch hatte das Unverständnis sowie eine leider gern gesehene provokatorische Arbeit mancher untergeordneten Organe in beiden Verwaltungsgebieten viel Unheil bereits angerichtet. Hier spielte übrigens öfter auch das persönliche Interesse mancher im Auslande bequemer und vorteilhafter als zu Hause dienender Beamten recht entscheidend dahin mit, das okkupierte Gebiet im nachteiligeren Lichte darzustellen, um jene Besetzung als unentbehrlich möglichst lange hinauszuziehen.

Und wenn auch zugegeben werden muss, dass jene aufreizenden Massnahmen vielleicht nicht immer absichtlich erfolgten, sondern in dem vielen Deutschen eigenen Unvermögen fussten, die Eigenheiten sowie Bedürfnisse anderer Rassen verständnisvoller aufzufassen, so ändert dies keinesfalls an der effektiven Tatsache, dass weder die österreichisch-ungarische, noch weniger aber die deutsche Militärverwaltung das Höhererseits wahrscheinlich hier aufrichtig gewünschte Verständigungswerk bisher wesentlich zu fördern vermochten.

Österreich-Ungarn hätte nach der Unabhängigkeitserklärung des 5. November nur eine loyale Unterstützung aller berechtigten polnischen Wünsche anzustreben gebraucht, um gleichzeitig eigene Vorteile für die Zukunft zu sichern. Die im Jahre 1915 noch leicht möglich gewesene, jedoch aus eigenem Verschulden versäumte Angliederung des russischen Polenteils an die eigene Monarchie war nach dem bedauernswerten Zwischenfalle von Łuck noch unwahrscheinlicher geworden und jene durch einen Grossteil der Wiener Bürokratie gern geförderte neuerliche Teilung Polens unter die beiden jetzigen Okkupanten konnte angesichts der gemeinsam proklamierten Unabhängigkeit nicht mehr diskutiert werden. Dazu drängte jene deutscherseits forcierte Unabhängigkeitserklärung Polens zur Sonderstellung des Kronlandes Galizien, ohne indess hiedurch die Gefahr einer wahrscheinlichen Abtrennung desselben gänzlich abzuwenden. Dies komplizierte naturgemäss die Lösung der polnischen Frage im Lichte kleinlicher, rein zentralistischer Auffassung, durch welche bis zur Stunde die Politik der öst. ung. Gesamtmonarchie den Polen gegenüber leider noch durchwegs charakterisiert wird.

Statt sich nun den völlig geänderten Verhältnissen gegenüber zu einer grosszügigeren Behandlung jenes Problems aufzuschwingen, und die unter solchen Voraussetzungen mit der Zeit ohnehin kaum zu vermeidende Abtrennung Galiziens in einem für die Gesamtheit tunlichst vorteilhaften Sinne, bei grossmöglicher Wahrung ausreichender Kompensationen selbst vorzubereiten, wurde bisher nur der kleinliche Standpunkt stillschweigender Negation, nebst veralteter, der jetzigen grossen Zeit gar nicht mehr würdigen Regierungsmittelchen österreichischerseits ins Treffen geführt.

Nicht einmal der gewiss grosszügiger veranlagte öst.-ung. Politiker Graf Czernin konnte sich des dort noch traditionellen: „divide et impera“ schliesslich erwehren und zu einer höheren, der Grösse des Augenblicks entsprechenderen Behandlung der Polenfrage aufschwingen. Durch Aufgreifen des in Wien als künstliches Abwehrmittel gegen die Polen Galiziens unverdient geförderten ukrainischen Problems glaubte auch er die beson-

ders drängende, ja direkt vitale polnische Frage paralisieren, oder doch wenigstens hinausschieben zu können.

In den Brester Verhandlungen wurde auch tatsächlich jene als Sturmbock gegen Russland damals brauchbar gewesene ukrainische Frage schliesslich viel zu sehr im Gegensatz zu der polnischen ausgespielt. Zwar ist dieses Verschulden den damals über Polens Zurückhaltung einigermaßen verschnupften Deutschen vielfach zugeschrieben worden, doch scheint es heute zweifellos festzustehen, dass Graf Czernin in seiner leichtfertigen Unorientiertheit den überschlauen galizischen Ukrainern nicht allzu ungewollt ins Garn gegangen ist und der ihm unbequemerer Polenfrage hiedurch gerne entschlüpfen wollte, während er in voller Verkennung der Sachlage diesem ukrainischen Phantom sowohl wirtschaftlich als politisch unbegründet grosse Hoffnungen entgegenbrachte. Die Deutschen hatten freilich keinen triftigen Grund, um diese österreichischerseits direkt gewollte weitere Entfremdung der Polen zu verhindern, umsomehr als dies ihnen jene Frage noch entschiedener in die Hände spielte. Auch glaubten wahrscheinlich viele von ihnen ebenfalls, dass es voraussichtlich bequemer sein dürfte, das schwache, scheinbar höchst fügsame, dazu kulturell tiefstehende ukrainische Völkergemisch materiell und staatlich auszunützen, als weitere Bemühungen um die einigermaßen schwierigen Polen dermalen fortzusetzen.

Unter gänzlicher Vernachlässigung der durch beide Generalstäbe für diesen Zweck ziemlich gerecht festgelegten, weit nach Wolhynien hineinragenden östlichen Begrenzung des gemischtsprachigen polnisch-ruthenischen Gebietes, liess Graf Czernin bloss die, Polen empfindlich und ganz ungerecht schädigende westliche Begrenzung jenes gemischtsprachigen Gebietes allein gelten, spielte solcherart diesen ganzen, noch höchst strittigen grossen Raum der historisch sowie tatsächlich polnisch gewesenen wolhynisch-podolischen Gefilde dem noch ganz lebensunfähigen ukrainischen Staatswesen völlig ungerechtfertigt zu und beging noch direkt schreiende Ungeschicklichkeit, durch Wegnahme des Podlasie sowie des bekannten Chelmer Landes, in die Fusstapfen provozierender moskowitischer Regierungskunst zu treten. Ganz im Gegensatz zum

offiziös 1914 verlautbarten, seither niemals nur andeutungsweise abgeänderten öst.-ung. Standpunkte hinsichtlich der polnischen Ostgrenze, wirkte naturgemäss diese bis zum letzten Momente beharrlich abgeleugnete, Polen schwer schädigende, wie eine absichtliche Übervorteilung aussehende Vereinbarung als kältester Wasserstrahl auf die gegenseitigen Beziehungen. Graf Czernins Versuch, dem Entrüstungsschrei der Polen durch nachträgliche Zusatzverhandlungen mit einem der ukrainischen Delegierten abzuschwächen und den endgiltigen Besitz des Chelmer Landes erst durch gemischte Kommission aller Beteiligten festzulegen, brachte bloss den unleugbaren Beweis, dass jene ungerechten, die Polen so hart treffenden Bestimmungen des Brester Friedensvertrages, gar nicht derart unabweidbar waren wie man dies zur Entlastung Graf Czernins anfänglich überallhin kolportierte. Und als auch der erhoffte, von Haus aus völlig unbegründete Brotfriede tatsächlich ganz versagte, und der anderweitig ebenfalls nicht sonderlich geschickte Diplomat Czernin das Feld einem ernsteren Manne räumen musste, blieb von dem grossgepriesenen Friedensinstrumente bloss ein in seinen Folgen noch ganz unabsehbares Okkupationsmoment der Ukraina, nebst dem bedauerlicherweise sehr erschütterten, kaum mehr in Gänze gutzumachenden austro-polnischen Verhältnis, allein übrig.

Die heutigen, das innere Gedeihen der Habsburger-Monarchie noch stark beeinflussenden Verhältnisse im Wiener Parlament, sind vorwiegend durch die Brester Missgriffe beeinflusst worden.

Die Polen, welche trotz aller Provokationen ihrer eingeschworenen Feinde, ihre Pflicht gegenüber Österreich-Ungarn sowohl als gegenüber Deutschland vielleicht besser, jedenfalls aber nicht schlechter als andere in diesem Weltkriege erfüllt haben, verlangen nunmehr mit voller Berechtigung gerechte, weniger ungünstig vorgefasste Behandlung, sowie schliesslich auch einen vollwertigen Platz an der Völkertribüne dieser Staaten. Indessen bleibt man aber gerade in dem für andere Völker in Folge eigener Nationalitätenmischung doch mehr Verständnis besitzenden Wien heutzutage direkt bestrebt, in dieser Hinsicht taube Ohren zu machen.

Obzwar die hohe Wiener Bürokratie zweifellos selbst längst eingesehen haben dürfte, dass sie sowohl hinsichtlich Kriegführung, noch mehr aber bezüglich Staatsverwaltung während dieser grossen Zeit den berechtigten Erwartungen der Bevölkerung in keiner Weise zu entsprechen vermochte, ist ihr Streben doch allein darauf gerichtet, ihre bisherige Alleinherrschaft mit jeglichen Mitteln zu befestigen. In letzter Stunde sollten mit Hilfe der begreiflicher Weise stets sehr zentralistisch gesinnten Armeeleitung solche Verhältnisse geschaffen werden, welche die nach jenem Weltkriege unvermeidliche, und bereits im Anrücken befindliche Ära grösserer Selbständigkeit aller Kulturvölker der Monarchie, doch tunlichst aufhalten könnten.

Das stärkste und durch den Kriegsverlauf noch ausgiebiger vorgedrängte, kulturell hochstehende Element, welchem jene Gerechtigkeit nicht mehr lange vorenthalten werden kann, sind eben die dort aus solch' begreiflichen Gründen bestgehassten Polen. Die Ruthenen hingegen, besonders die ziemlich künstlich in Galizien behufs Eindämmung des Polentums seit Jahren grossgezogenen Ukrainzen, stellen in den Augen jener bürokratischen Oberherrn ein sehr fügsames, leicht beherrschbares, wenig kultiviertes Material dar, welches gewiss noch Jahrzehntelang jegliche fremde Bevormundung mit Geduld über sich ergehen lassen dürfte. Deshalb hat man auch diesen unkultivierten ruthenischen Scharen so gerne auf Kosten der Polen zu grossem, politischem Besitzstande verhelfen wollen, wird sich aber in jener Rechnung bald gründlich täuschen.

Eine Daseinsberechtigung kann dem kleinrussischen, vom besiegten Grossrussland abgetrennten Stamme ein vernünftiger Pole auch niemals absprechen. Zwar bezweifelt jeder Kenner dortiger Verhältnisse, dass eine rein kleinrussische Kultur, deren Existenznotwendigkeit bloss diese galizischen k. k. Ukrainzen predigen, in dem heute abgetrennten Südwestrussland so ohneweiters sich dauernd zu behaupten, geschweige denn auszubreiten vermag, doch kann gewiss auch dort jeder auf ruthenische Art ebenfalls selig werden. Aber dann sollte wenigstens die weit höhere Kultur Anderer, hier vor Allem der Polen, unbedingt respektiert und ihnen die zweifelhaften Segnungen einer kulturellen Minderwertigkeit nicht zwangsweise aufge-

drängt werden. Weil dies aber im Brester Frieden zu Gunsten der in jeder Hinsicht tiefstehenden, zu selbständigem politischen Leben noch völlig unfertigen Kleinrussen, unter empfindlicher Schädigung berechtigten polnischen Besitzstandes, ungerecht, sowie direkt herausfordernd geschehen ist, hat es den Protest sowie eine begreifliche Entrüstung unter den geschädigten Polen hervorrufen müssen.

Der Fluch jener bösen ungerechten Tat trägt bereits seine faulen Früchte. Die erhofften Vorräte sind aus der Ukraine ausgeblieben und eine idyllische Freundschaft mit diesen wilden, durchwegs orthodoxen und europäerfeindlichen Völkerschaften scheint keine lange Dauer zu versprechen. Solange eine ausreichende Streitmacht dort verbleibt, dürfte auch relative Ordnung äusserlich herrschen, doch haben die praktischen Deutschen eine richtige Orientierung dortselbst bereits gewonnen, indem sie das heute noch ganz unbrauchbare ukrainische Element vom Regierungstrog fortschaffen und die weit verlässlicheren grossrussischen Inteligenzkreise als Regierungsleiter unterstützen.

Bald wird man aber darauf kommen, dass man dieses unnatürliche Gebilde der Ukraine ganz grossrussisch werden lassen, oder dasselbe wie vor Jahrzehnten, unter polnischen, d. i. westeuropäischen Einfluss stellen muss.

Als Okkupationsgebiet könnte es freilich lange Jahre hindurch auch ohne jegliche Rücksichten gewaltsam behütet werden, nur war es dann eben ganz überflüssig, die Komödie mit der selbständigen, auf Kosten polnischen Besitzes übermässig ausgebreiteten Ukraina der Welt vorzuspielen.

Behufs diplomatischer Zertrümmerung der ganzen russischen Front, war dieser Brester Friedensvertrag gewiss notwendig und man musste ihn zweifellos am Papier schliessen. Er hat in der Folge tatsächlich zu dem dauernden, für beide Zentralmächte besonders wichtigen Frieden mit Rumänien geführt, und auch das jetzige, noch nicht ganz geklärte, aber jedenfalls schon friedensähnliche Verhältnis zu Russland ist durch jenes Ausspringen der Ukraine wesentlich erleichtert worden. Doch war es ein entschiedener Fehler der öst.-ung. Diplomatie, dass sie gleichzeitig eine wichtige innerpolitische

sowie eminente Machtfrage, durch ein so kleinliches Manöver, wie es die böswillige Abtretung des Chelmerlandes war, zu komplizieren suchte. War aber diese Abtretung zur Finalisierung jenes Friedensinstrumentes gar so unerlässlich, so hätte man dies den Polen vorher offen und männlich sagen sowie dezidiert erklären sollen, statt sie hinterlistig vor die überraschend vollzogene Tatsache zu stellen.

Die Polen müssen Österreich-Ungarn aber ausserdem verübeln, dass es seine ohnehin traditionelle Vorsicht in der Behandlung der für die Monarchie so wichtigen Polenfrage doch allzu nachteilig ausübt.

Nach über Jahrhundertlangem unbestrittenen Besitze des kulturell etwas zurückstehenden, dafür wirtschaftlich sowie finanziell höchst nutzungswürdigen, dazu an Naturschätzen überreichen galizischen Kronlandes, will die noch heute mächtige wiener Bürokratie sammt der ihr ganz ergebenen österreichischen Hochfinanz diesen fetten Bissen an die ihrerseits bestgehassten Polen nicht so leicht herausgeben. Zwar hielten diese galizischen Polen in schwersten Stunden treu zur Dynastie, stützten im Frieden jede nur halbwegs mögliche Regierung, und votierten bisher willig alle Staatsnotwendigkeiten, doch waren sie seit dem Bestehen des österreichischen Parlaments ein ganz ernstes Hindernis für alle zentralisierten sowie absolutistischen Machenschaften, und haben solcherart eine Germanisierung Österreichs im Gegensatz zu der faktisch erfolgten Magyarisierung Ungarns, stets zu vereiteln verstanden. Der Versuch diese Germanisierung zu Anfang des Feldzuges mit Hilfe der verbündeten militärischen Bürokratie noch rasch nachzutragen missglückte zwar trotz bester Absichten als völlig undurchführbar, doch glaubte man dies wieder den Polen nachtragen zu müssen und die tatsächlich ungerecht harte anfängliche Behandlung Galiziens setzte sich in einigermaßen veränderter Form bis auf den heutigen Tag leider fort. Sie feierte ihren grossen Erfolg im Brester Frieden, spukt heute in der den k. k. Ukrainern hinterrücks eröffneten Aussicht auf eine administrativ-militärische und mit der Zeit dann auch politische Zweiteilung des Landes und ist auf Schritt und Tritt

fleissig am Werke, jenes durch den Krieg sowie auch durch sinnlose Requisitionen wirklich schwer betroffene Galizien weiterhin empfindlich zu schädigen. Trotz eindringlicher Urge-zen schuldet heute noch das Staatsärar viele Millionen nicht-bezahlter effektiver Kriegsleistungen an die Bewohner dieses so stiefmütterlich behandelten Kronlandes, sein Vermögen wurde durch ungünstige Preisbestimmungen z. B. hinsichtlich requirierter enormer Holzmengen sowie landwirtschaftlicher Produkte um weitere zahlreiche Millionen verringert und doch wird in Wien vielfach mit Entrüstung darauf verwiesen, dass polnische Abgeordnete in undankbarer Verblendung jene Miss-wirtschaft gebührend zu kritisieren wagen. Sogar die mächtige Fürsprache des gewiss ganz unparteiischen, jedoch gerecht und vornehm für das arme Land Eintretenden, jetzigen Statt-halters bleibt zumeist unberücksichtigt.

Fast hat es den Anschein, als ob die Sucht dieser Wiener Grossbürokratie das noch immer sehr ausbeutefähige Galizien in tunlichster Abhängigkeit weiter zu erhalten, jene direkt himmelschreiende Misshandlung mitverschulde, weil man in der ökonomischen Schwächung dieses Landes ein sehr will-kommenes Mittel zur Dämpfung der unerwünschten grosspolni-schen Aspirationen gefunden zu haben glaubt.

Ob unter dieser Beeinflussung eine gerechte Behandlung der ganzen polnischen Frage österreichischerseits möglich und wahrscheinlich ist, muss vorderhand leider bezweifelt werden. Das noch stockbürokratische, die bereits kommende Neuge-staltung des Reiches so kramphaft abwehrende, heutige Alt-Österreich wird sich jetzt zu der sogenannten austro-polnischen Lösung jener Frage ebensowenig herbeilassen wol-len, wie es im Jahre 1915/16 diese damals leicht ausführbare Kombination zu vereiteln wusste. Es fürchtet den stärkeren Zuwachs sowie den entscheidenden Einfluss jenes dazutreten-den Polens für das Fortbestehen seiner heutigen bürokratischen Wirtschaft in ganz begründeter Weise und zieht heute noch den kleinlichen eigenen Vorteil einer wesentlichen Stärkung und Auffrischung des Gesamtreiches durch ein befriedigtes Polen entscheidenst vor. Parlamentarische Äusserungen aus jüngster Zeit bestätigen vielfach jene Annahme.

Wie sich das Gesamtreich, nämlich das jetzige Österreich-Ungarn zu dieser heiklen Frage künftig stellen wird, hängt mit der Haltung Ungarns noch wesentlich zusammen. Im Jahre 1915/16 behandelte Ungarn die Polenfrage als eine vornehmlich österreichische Angelegenheit und hielt mit seiner Intervention konsequent zurück. Seither dürfte man jedoch in Ungarn eingesehen haben, welche Vorteile für das Gesamtreich durch die altösterreichische Kleinpolitik in jener Frage absichtlich hintangegeben wurden. Der heutige Minister des Äusseren Graf Burian scheint auch jetzt diesbezüglich weit mehr Einsehen gewonnen zu haben und seinen damaligen eher ablehnenden Standpunkt wesentlich zu modifizieren. Oder sollte vielleicht Österreich-Ungarn sich nach der austro-polnischen Lösung jetzt nur deshalb sehnen, weil es ihre Undurchführbarkeit als feststehend betrachtet?

Jedenfalls ist heute am Wiener Ballplatz in der polnischen Sache eine wohlwollendere, die Vorteile des Gesamtstaates mehr als bisher berücksichtigende Stimmung zu merken. Sie hat indirekt bei den Vorverhandlungen und jetzt direkt bei den Beratungen des in Warschau zusammengetretenen polnischen Staatsrates immerhin helfend mitgewirkt, sie bemüht sich schliesslich recht lebhaft auch in Berlin um die Schaffung wirklich möglicher Existenzbedingungen für den neubestellten Polenstaat. Aber zu entschiedener Stellungnahme, zu einem starken Entschlusse, dürfte man am Ballplatz schon aus alt-hergebrachter Gewohntheit kaum bald gelangen.

Vom Ausgange der jetzigen innerösterreichischen Krise wird es jedoch wesentlich abhängen, ob die zisleitanische Hälfte der Monarchie den Weg fortschrittlicher, zukunftsreicher Entwicklung nehmen, oder aber wenigstens vorderhand, in den bisherigen gefahrdrohenden, wenn auch für schwache Regierungsmänner weit bequemeren Zustand ungesunder Versumpfung zurücksinken wird. Das System der gegenseitigen Nationalitäten-Verhetzung hat in dieser grossen Zeit auch in Österreich bereits ausgespielt, und jene Regierungskunst, welche gegen das höhere Interesse des Staates und Dynastie durch kleineliches Intriguenspiel sich bloss erhalten und nur zum Vorteile einer unfähigen Bürokratie fortleben will, muss früher oder

später jedoch zweifellos gründlich fallen. Dann erst wird eine grosszügigere Auffassung der polnischen Frage auch in Österreich möglich sein und zu dem einzig richtigen, wenn auch keinesfalls leichten Entschlusse führen, ein in gerechter Art zufriedengestelltes und entschädigtes Galizien dem polnischen Staate zu überstellen.

Bei gleichzeitiger Erfüllung dynastischer, auch für das selbständige Polen besonders wichtiger Forderungen, sowie Wahrung berechtigter anderweitiger Kompensationen würde Österreich-Ungarn hiedurch das seinerzeit historische und internationale Unrecht im modernsten Sinne gutmachen, die heute nach bereits verkündeter Unabhängigkeitserklärung Polens nicht mehr diskutabile direkte Angliederung dieses hochkultivierten Volkes in einen denkbar innigen politischen sowie wirtschaftlichen Anschluss umwandeln und den freiwilligen Eintritt eines solcherart starkgemachten Polens in den künftigen mitteleuropäischen Staatenkonzern am sichersten vorbereiten.

Jede andere Kombination, die heute nicht mehr tunliche Angliederung sogar vergrösserten Kongresspolens an Galizien in Form irgendeiner staatlichen Verbindung nicht ausgenommen, kann weder die Polen befriedigen, noch den bereits unvermeidlichen, künftigen Entwicklungsprozess des Habsburgischen Gesamtstaates vorteilhaft beeinflussen. Denn Österreich muss in Bälde dahin gelangen, damit — unter gerechtem Vorantritt der hiezu kulturell sowie numerisch prädestinierten Deutschen — die nach Ausscheiden der Polen dann noch übrigbleibenden anderssprachigen Völkerschaften jene ihrem fortgeschritteneren Kulturstande entsprechende Gleichberechtigung erhalten, welche ihnen heutzutage nicht mehr vorenthalten werden darf. Auch Ungarn wird bei fortgeschrittener Kräftigung seines in diesem Weltkriege vollbewährten Staatswesens eine gewisse Mehrberechtigung den anderssprachigen Völkerschaften der heiligen Stephanskrone schon gar bald im eigenen Interesse bewilligen müssen und dürfte nach so bedeutender innerlicher Stärkung, wie selbe dormalen dort erreicht wurde, das keinesfalls leichte, eine befriedigende Lösung berechtigter serbischer

Aspirationen erfordernde Südslavische Problem endlich herzlich anzufassen genötigt sein.

Alle diese Schwierigkeiten, welche der Weltkrieg der ehrwürdigen, freilich einigermaßen zurückgebliebenen Donaumonarchie jetzt aufdrängt, müssen jedoch überwunden werden und die Rücksicht auf deutsch-bürokratische, altgewohnte Spezialinteressen darf die notwendige Genesung des Reiches keineswegs noch weiter hemmen. Die heute imperativ herantretende Polenfrage wird Österreich-Ungarn zu solcher Stellungnahme endlich zwingen, trotzdem manche seiner Lenker sogar Dynastie und Krone dagegen auszuspielen versuchten. Auch ihr weiteres Streben, diesen schwer scheinenden Augenblick durch Vorschieben der noch ganz unreifen, erst in der Zukunft vielleicht lebensfähigeren, ruthenisch-ukrainischen Frage dermalen abzuwenden, hat bloss verwirrend gewirkt und kann einen wirklichen Erfolg niemals zeitigen.

Gegen den heranbrausenden Strom mit schwachen Mitteln entgegenarbeiten zu wollen, ist niemals praktisch, geschweige denn aussichtsvoll gewesen. Dies haben die leider oft sehr kurz-sichtigen österreichischen Staatsmänner auch in früheren Zeiten vielfach nachträglich erfahren müssen, doch ist heute Hoffnung vorhanden, dass sie mit Hilfe weitblickenderer ungarischer Kollegen in diesen Fehler nicht mehr zurückfallen. Grosse Zeiten erfordern grosse Männer und diese braucht die österreichisch-ungarische Monarchie aufs dringlichste.

Für Deutschland war die polnische Frage von Anbeginn an viel fernstehender und daher eine gewisse Zurückhaltung mehr als begründet.

Die traditionelle russisch-preussische Polenverfolgung der Friedensjahre rechtfertigte das beiderseitig vorhandene Misstrauen und es war deutscherseits ebenso klug wie zweckmässig, gegenüber den russischen Einschmeichlungsversuchen das bekanntlich weit intimere österreichisch-polnische Verhältnis anfänglich auszuspielen. Doch nötigten bald sowohl die grossen Erfolge gegen die Russen, als auch das merkwürdig rasche Versagen der österreichischen Polenpolitik, zu direkterer Berührung, welche durch leider voreingenommene Organe der

Etappenverwaltung eingeleitet anfänglich zu keinen greifbaren Ergebnissen führte.

Durch den erfolgreichen Balkan-Feldzug, später noch mehr nach dem Zwischenfalle von Łuck, wurde vorerst die rein militärische, später auch die militär-politische Seite des polnischen Problems von Österreich-Ungarn, wie bereits erwähnt, immer mehr in deutsche Hände übergeleitet. Schliesslich musste Deutschland zu jener brennend gewordenen Frage an Stelle des zaudernden Verbündeten tatsächlich Stellung nehmen, nur wurde dadurch Alles ungünstig verärgert.

Dank dem besonderen Interesse Kaiser Wilhelms, welcher die hohe Kultur Polens und dessen europäische Bedeutung während des Feldzuges aus eigenem Augenschein näher schätzen gelernt hatte, und gestützt auf die weise Voraussicht des damaligen deutschen Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg wurde von der Annexion polnischen Gebietes sowie weiterer Vermehrung polnisch-deutscher Untertanen vorläufig Abstand genommen. In richtiger Erkenntnis des geschichtlich hochwichtigen Moments, wurde die Wiederaufrichtung eines selbständigen Polens am 5. November 1916 feierlich proklamiert.

Da dieser Staatsakt nicht alle beiderseits etwas überschwänglich gehegten Erwartungen gleich zu erfüllen vermochte, ist seine hohe Bedeutung vielfach herabgesetzt worden. Man muss aber ohne Voreingenommenheit den ganzen Werdegang dieses bedeutsamen internationalen Staatsaktes überblicken, um seine epochale Bedeutung richtig einzuschätzen. Jedenfalls hat er das Verhältnis beider Zentralmächte zum wiedererweckten Polen auf eine reelle breite Basis gestellt, er bildet auch den festen Untergrund für alle späteren internationalen Vereinbarungen und sichert für alle Zukunft der staatlichen Selbständigkeit des Polentums einen gebührenden Platz im neugeordneten Europa.

Dass eine so staatsbildende Arbeit während des noch wütenden Weltkrieges nicht allzu rasch vonstatten gehen kann, sollte zwar allgemein verstanden und richtig eingeschätzt werden, doch erscheint der Vorwurf gerechtfertigt, dass beide Zentralmächte und insbesondere Deutschland diesbezüglich bisher

zurückhaltend waren. Freilich ist man deutscherseits von einem jahrhundertlangem ablehnenden Standpunkte unversehens zu grosser Selbstüberwindung gelangt und glaubte den Polen schon beinahe Alles gegeben zu haben. Ausserdem verkannte man auch gänzlich das sehr entflammbare polnische Wesen, welches das Schwierigste leicht überwindet, wenn man es nur geschickt und mit Enthusiasmus fördernder Gebärde zu bieten versteht.

Nach jener grossen Geste des 5. November sind die erwarteten und damals leicht realisierbar gewesenen weiteren Massnahmen jedoch leider ausgeblieben. Man hätte damals so un schwer unter Heranziehung einiger im Lande populärer, vertrauenswürdiger Persönlichkeiten die Überzahl leistungsfähiger Polen zu ausgiebiger Arbeit vereinigen können, doch war dazu eben jener nächste Schritt notwendig, durch welchen die weitere Organisation tatsächlich polnischen Händen anvertraut worden wäre. Auch unter deutscher Leitung und Kontrolle hätten die Polen diese Arbeit unbedingt selbst in die Hand nehmen müssen, während die vielleicht gutgemeinte, aber schwer zu ertragende Bevormundung durch die Okkupanten, verbunden mit einer unverändert drückenden Militärverwaltung, diese hochherzigen Staatsakte in Wirklichkeit doch völlig illusorisch machte. Dies kam auch ganz besonders in der zunächst aufgeworfenen Armeefrage zu nachteiliger Geltung.

Die Deutschen glaubten, jene Polen sehr nahe berührende Angelegenheit einer tunlichst nationalen Armee im Sinne der gleicher Berücksichtigung polnischer Wünsche lösen zu können. Plessner-Vereinbarungen ganz nach ihrem Gutdünken ohne je und waren förmlich entrüstet, als die Polen diesbezüglich mit sprechen wollten. Die Deutschen beanspruchten als bestbewährte Fachmänner nicht nur volles, sondern direkt blindes Vertrauen, das zwar in technischer Hinsicht einwandfrei sein mochte, vom Grossteil des polnischen Volkes aber in politischer Richtung nicht ohne ernstere Garantien akzeptiert werden konnte. Aus dieser prinzipiellen Divergenz folgerten die verschiedenen allgemein bekannten Konflikte, welche schliesslich mit der Entfernung des anfänglich vielversprechenden polnischen Hilfskorps, der damit verquickten Demission des provi-

sorischen Staatsrates und der Internierung vieler renitenter Legionisten endigten. Das bedeutete natürlich keine Annäherung.

Nach längerer Pause und gegenseitigen Aufklärungen folgten dann aber doch wieder die sehr wichtigen Akte vom 12. September 1917, welche die Einsetzung einer selbstgewählten Regentschaft, sowie eines zwar stark eingeschränkten, aber doch wirklich polnischen Ministeriums ermöglichten. Auch begann, auf diese politischen Konzessionen gestützt, eine vorbereitende Tätigkeit behufs ernster Organisierung der nationalen Armee, wenn auch vorläufig unter deutscher Oberleitung, greifbare Formen anzunehmen.

Da platzte in das endlich wieder flottgewordene Zusammenarbeiten die ganz überflüssige Bombe der hinterlistig geführten Brester Verhandlungen. Der aus Berlin und Wien mit scheinbar besten Eindrücken eben heimgekehrte Regentschaftsrat musste die notgedrungen eingereichte Demission des ersten polnischen Ministeriums annehmen und dadurch kam die gut begonnene Arbeit wieder gänzlich ins Stocken.

Eine begreifliche Empörung durchzuckte alle polnischen Lande und riss auch den letzten, seine Berufung zur nationalen Armee dadurch als vereitelt empfindenden, in der Bukowina vereinigten Legionsteil leider auch mit. Das aufbrausende patriotische Temperament führte diese letzten freiwilligen Polenstreiter zur Vereinigung mit den in Weissrussland und der Ukraine aus russischen Armeen ausgeschiedenen polnischen Formationen und vernichtete dadurch ein mühsam in bester Kriegserfahrung aufgepaartes, ganz vorzügliches Kadermaterial. Was damals in förmlich tollem Zuge nach dieser östlichen Richtung nicht durchzukommen vermochte, sitzt heute auf der Anklagebank oder als „unverlässlich“ irgendwo unter Aufsicht, während der anfänglich durchgekommene Teil, nach manchen Irrfahrten und Hindernissen der unvermeidlich gewordenen Entwaffnung schliesslich verfiel. Jene, die bewusst oder vielleicht auch unbeabsichtigt den Brester Theatercoup zum Wohle des ukrainischen Phantoms auf Kosten des reellen Polens arrangierten, hatten zwar einen vollen Augenblickserfolg, doch dürfte auch hier die Zukunft

lehren, dass grosse, geschichtlich begründete und kulturell wertvolle Fragen durch kleinliche Menschenkünste wohl vorübergehend aufgehalten oder auch unangenehm beeinflusst werden können, dass aber ihre schliessliche weltbegründete Entscheidung darunter kaum wesentlich zu leiden vermag.

Die einflussreichen Hauptpersonen des Brester Friedensvertrages sind heute tatsächlich bereits abgetan, und heute tagt unter Mitwirkung beider Zentralmächte ein ernster polnischer Staatsrat unter Mitwirkung eines lebensfähigen neuen Ministeriums auf dem historischen Boden Warschau's in erfolgversprechender Weise.

Zwar bestehen auch heute manche Gegensätze der polnischen zur deutschen Auffassung, besonders in der vielleicht allerschwierigsten Armeefrage, doch dürfte man endlich eingesehen haben, dass ein gegenseitiges Einvernehmen gesucht werden müsse und dass verschiedene Verhältnisse stets ganz spezielles Anpassen erfordern. Man dürfte deutscherseits in jener Hinsicht während des Weltkrieges doch Einiges gelernt haben und braucht dies nur mit mehr Verständnis als bisher gerade in Polen bald zur Anwendung zu bringen, um gute Resultate zu erreichen.

Die Polen sind nach der Teilung ihres Staates leider genötigt gewesen, in der regulären Armee zumeist nicht nur ein starkes Instrument ihrer Bedrücker, sondern auch eine Institution rücksichtsloser Russifizierung, beziehungsweise Germanisierung tatsächlich zu erblicken. Oft konnten, mit Ausnahme der österreichisch-ungarischen Armee, Leute aus besseren Ständen nur deshalb so schwer Berufssoldaten werden, weil ihnen die Verhöhnung ihrer Nationalität doch zu unerträglich wurde. Daher hielt, trotz sonstiger staatlicher Pflichterfüllung, die Aversion gegen den Berufs-Soldatendienst unter fremder Herrschaft in Polen vielfach an.

Statt diese begreifliche Aversion dadurch geschickt zu zerstreuen, indem man vertrauenerweckend die Aufstellung der in Polen überhaupt bloss auf nationaler Basis möglichen Armee ernstern polnischen Fachleuten, gleichgiltig welcher Schulrichtung, anvertraut und durch wohlwollende Leitung sowie entsprechende Kontrolle seinen notwendigen Einfluss

dort sichert, steifte man sich deutscherseits bisher darauf, ohne Berücksichtigung jener speziellen Verhältnisse, diese Angelegenheit genau nach normaler eigener Schablone höchst einseitig auszutragen. Dabei will man den hierin besonders heiklen Polen unbedingt einreden, dass sie militärisch wenig vorbereitet seien, diese Sorge daher den Deutschen schon gestrost überlassen könnten, wodurch dem sprichwörtlich empfindlichen Ritterstolze der Polen als alten Soldatenvolkes, eine harte Zumutung gestellt wird.

Die Deutschen hätten es wahrlich sehr leicht, bei einigem Verständnisse für die soeben skizzierten, speziell polnischen Verhältnisse, den besten dortigen Elementen ganz freie Hand zu lassen, eine nationale Organisation sowohl der Armee als auch des polnischen Staatswesens nachdrücklichst zu fördern, und hiedurch nicht nur die, ihrerseits angestrebte starke Position sich im Lande selbst zu sichern, sondern auch die im Gegenfalle sonst leicht auftretenden anderweitig ungünstigen Strömungen auf das Gründlichste dadurch zu paralysieren.

Sie würden dann in jeder Hinsicht festen Fuss fassen und bald als Freunde dort gelten können, wo man ihnen heute bloss berechtigtes Misstrauen entgegenbringt.

Hinsichtlich jener viel umstrittenen ostdeutschen Grenzfrage muss gleich beigefügt werden, dass Jedermann es begreiflich findet, wenn die Sicherung sowohl der Hauptstadt Berlin, als auch der bisherigen deutschen Grenzen gegen Osten, wesentliche territoriale Verschiebungen zu Gunsten der Polen in naher Zukunft schwerlich gestattet. Doch wäre dies ein Zeichen besonderer Kraft und Seelengrösse, wenn gerade das siegreiche Deutsche Reich in einsichtvoller Erkenntnis des seinerzeit verübten Unrechts wenigstens kleine, für die Polen historisch und ethnographisch wichtige Teile seiner heute noch echtpolnischen Gebiete freiwillig zurückstellen und dafür umso berechtigtere Kompensationen anderwärts beanspruchen würde.

Hingegen bleibt als einziges faktisches Mittel gegen die Wiederholung eines russischen Überfalles im grossen Stile

das Abrücken der östlichen Grenzen eines starken und befreundeten, ja direkt verbündeten Polens womöglich bis zur seinerzeitigen historischen Ausdehnung jenes heute wieder so notwendigen Staatswesens. Nur dadurch kann das stets gefahrdrohende, weil expansionslüsterne Russland aus Mitteleuropa gründlich verdrängt, somit tatsächlich unschädlich gemacht werden.

Hier helfen keine kleinlichen, im höheren militärischen Sinne effektiv wertlosen Grenzberichtigungen, wie selbe von überzeugten Anhängern schärfsten deutsch-polnischen Gegensatzes in sehr durchsichtiger, die Polen aufreizender und der Sache schädlicher Absicht propagiert werden. Nach Zertrümmerung der momentanen russischen Machtmittel sollte im Gegenteil gerade der heutige günstige Augenblick zum Verdrängen dieser gefährlichen Nachbarschaft bis an die Dwina und den Dniepr geschickt ausgenützt werden und dazu würde eine loyale Haltung sowie verständnisvolle Aussprache mit Polen die Wege ebnen. Es muss im beiderseitigen vitalen Interesse auch jene breite und noble Geste von deutscher Seite doch endlich kommen, welche das ephemäre, und schliesslich derzeit nur als Vorhut des Russentums denkbare Staatsgebilde der Ukraina fallen lässt und dem geschichtlich, kulturell, sowie politisch hier einzig realen Polentum zu seiner Ausbreitung verhilft.

Nach ihren missglückten anfänglichen Versuchen, die Polen ganz willenlos bloss nach ihrer Musik tanzen zu lassen, haben die Deutschen eben versucht, mit den kulturell zurückgebliebenen, scheinbar gefügigeren Kleinrussen Aehnliches erfolgreicher zu wiederholen.

Aber jene Kolonisationsmethode scheint auch auf diesem osteuropäischen Gebiete bloss geringe Erfolge zu zeitigen und das von Weitem verlockende kleinrussische Wesen hat bei näherer Berührung merkwürdig grossrussische Formen mit rein orthodoxem, für europäische Manieren kaum empfänglichem Sinn hervorgekehrt.

Unter diesen Verhältnissen wird jede Förderung „ukrainischer“ Aspirationen bloss grossrussischen Interessen zugutekommen, welche Niemand gänzlich auszuschalten gedenkt,

deren tunlichste Verdrängung aus dem kultivierten Mitteleuropa aber behufs Sicherung eines längeren künftigen Friedens unerlässlich ist. Denn eine baldige Störung desselben kann nach solcher Blutabzapfung bloss Derjenige wieder frivol riskieren, welcher eine so zahlreiche, unkultivierte, urteilsschwache Bevölkerung wie Russland besitzt. Dieses von seinen eigenen Grenzen tunlichst weit abzudrängen, erscheint somit als Gebot weiser Voraussicht unerlässlich und deshalb darf auch seine kleinrussische Vorhut nicht in so leichtfertiger Art nach Oesterreich-Ungarn und Polen hineingelassen werden, wie dies der Brester Friedensvertrag gefahrdrohend anbahnte.

Nach den heute mit jener Ukraina gemachten Erfahrungen dürfte man sowohl in Oesterreich-Ungarn, wie auch hoffentlich nunmehr in Deutschland, in dieser Hinsicht bereits klarer urteilen.

Jener einmal geweckte ukrainische Appetit scheint nun tatsächlich alle vernünftigen Grenzen zu überschreiten und greift heute bis zur Wolga und zum Kaukasus, sowie an den Kaspisee, andererseits nicht nur zur Weichsel, sowie über den San, sondern auch tief über den Karpathenkamm, beansprucht somit hier womöglich mehr, als das Czarische Russland je gewinnen wollte. Sollte die Ukraina diese Aspirationen tatsächlich verwirklichen, so würde das kaum verdrängte Russentum wieder bis tief nach Mitteleuropa hineinragen.

Deshalb scheint sich endlich auch Ungarn, dieser Gefahr wohlbewusst, gegen jene uferlosen ukrainischen Präntionen aufzuraffen und der polnischen Frage die hier so ausschlaggebende Bedeutung zu schenken. Soll jener ukrainisch gefärbte russische Vorstoss in Hinkunft sicher abgewehrt, sowie zurückgedrängt werden, so muss ein stark gemachtes Polen sich ihm, wie schon so oft in vergangenen Zeiten, aussichtsvoll entgegenzustellen vermögen.

Dies bringt uns aber zu dieser in jeder Hinsicht bedeutenden Erkenntnis, dass nur durch Wiederherstellung eines starken und befriedigten Polens die staatliche Neuordnung im Osten gesichert, sowie die höchst notwendige Stabilisierung der dortigen Verhält-

nisse ermöglicht werden kann. Besonders heute, nachdem auch endlich die Ueberzeugung allgemein einzusetzen beginnt, dass jenes künstliche Staatsgebilde der Ukraina zu selbstständigem Leben noch lange nicht befähigt sein dürfte und deshalb spezieller Bevormundung bedarf, muss eine feste und sichere Organisierung des für beide Mittelmächte als Grenzland, sowie als Verbindungszone wichtigen, dazwischen liegenden polnischen Gebietes von grundlegender Bedeutung erscheinen.

Die militärische Beherrschung, sowie wirtschaftliche Ausnützung der so ertragfähigen kleinrussischen Kornkammer wird aber nur dann völlig gewährleistet, wenn dies im Vereine mit Polen, und deshalb auch bei effektiver Unterstützung des in jenen Gegenden seit urdenklichen Zeiten einflussreichen polnischen Elements geschehen kann, während jener dort von Deutschland versuchte grossrussische Kurs die ganze Ukraina entgegen dem Interesse Mitteleuropas, unter Russlands Einfluss zurückführen müsste.

Ohne aufrichtiger Freundschaft und Mitwirkung des polnischen Elements in der Ukraina und des ganzen polnischen Staatswesens auf dem Verbindungsweg zu derselben ist eine gesicherte Beherrschung dieses für die Zukunft der Mittelmächte so wichtigen, weiten Ertragsgebietes nahezu ausgeschlossen, da die Besetzung und Niederhaltung jener weiten Gebiete ohne ausgiebiger Hilfe des polnischen Besitzstandes viel zu bedeutende Kräfte lahmlegen würde.

Schliesslich sind sogar durchaus siegreiche Nationen stets genötigt gewesen, mit den Nachbarn auf halbwegs erträglichen Fuss zu gelangen, und deshalb werden beide Mittelmächte ein freundschaftliches Verhältnis mit den von Russland abgetrennten Randvölkern unbedingt bald suchen müssen. Je rascher dies geschieht, desto besser und einträglicher wirkt es beiderseits, weil unnötige Reibungen vermieden bleiben. Da man aber heute von dem früheren Wahne, dass die Ruthenen hiefür am geeignetsten sein sollen, nunmehr gründlich kuriert sein dürfte, bleibt doch das kulturell und volkswirtschaftlich stärkste, daher leistungsfähigste, wenn auch eben deshalb etwas schwieriger zu behandelnde polnische Element zu

solcher ausgiebiger Mitarbeit eigentlich fraglos allein übrig.

Trotz anscheinender Schwierigkeit ist dasselbe, als wirklich kulturell hochstehend, auch weit leichter zu befriedigen, als man dies allgemein annimmt.

Polen hat zwar an dem Weltkriege offiziell nicht teilgenommen, musste aber dafür als willenloser Dulder schwerste Kriegsschäden tragen. Seine besten Söhne haben auf den Schlachtfeldern, oft leider gegeneinander, ebenso geblutet, wie die Söhne anderer, direkt beteiligter Nationen. An Seite des österreichisch-ungarischen Heeres haben ausserdem noch zahlreiche polnische Legionäre gerade in schwierigsten Momenten todesmutig gegen den russischen Erbfeind mitgefochten, und hiedurch gewiss ein höheres Anrecht auf Mehrbewertung ihrer nationalen Aspirationen erkämpft. Somit haben die Polen als Nation eine durch ihre Teilung umso schwerer gemachte harte Kriegspflicht eher übers normale Mass erfüllt. Dass eine noch weit grössere Kraftäusserung eines entsprechend organisierten Polens bisher ausgeblieben ist, muss vor Allem auf Rechnung Jener gesetzt werden, welche die Möglichkeit hatten, ein enthusiastisches Mittun der Polen zu erwecken, dies jedoch seit der Einnahme Warschau's keinesfalls richtig anzustellen vermochten. Der polnischen Nation diese Schuld ganz willkürlich aufzuladen, erscheint schon deshalb ungerecht, weil die Initiative sowohl als die Macht hiefür in fremder Hand waren und heute noch dort verblieben sind, jene fremde Hand aber bisher keinerlei Anstrengungen macht, um Vertrauen, sowie Zuneigung bei den Polen ernstlich zu wecken.

Dass dem geschlagenen Russland seine westlichen Provinzen dauernd abgenommen bleiben müssen, kann als geschichtliche Vergeltung bloss gerecht erscheinen. Doch dürfen diese Provinzen und Randvölker von dem unerträglich gewesenen russischen Joch in ein womöglich noch härteres heute zu Anfang des XX. Jahrhunderts nicht mehr zurückfallen, auch wenn das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht ins Uferlose anerkannt werden sollte. Aber das ureigenste Interesse der Mittelmächte erlaubt eben keines-

falls, dass diese Randvölker sich unbefriedigt fühlen und deshalb denselben feindlich gesinnt bleiben würden.

Speziell diejenigen Deutschen, welche nach preussischem Muster Alles nur gerne unterjochen und mit Gewalt nach eigenem Gutdünken verwalten, somit auch anders föhlende Menschen bloss nach ihrer einzigen Schablone selig machen möchten, sollten heute doch einigermaßen bedenken, dass sie durch Gewinnung von Freunden viel besser als bisher den eigenen Interessen zweifellos dienen. Durch einsichtsvollere Behandlung und vor Allem durch weit grösseres Selbständig-machen jener Völker würden sie selbe tatsächlich sich dienstbarer machen und durch Interessengemeinschaft viel inniger binden, als dies durch rücksichtslosesten Zwang jemals möglich sein kann. Bisher ist jedoch in dieser Hinsicht kein merklicher Umschwung zu bemerken. Denn obzwar die Mehrheit im Deutschen Reiche für billige, gerechte Behandlung aller okkupierten Länder und speziell auch Polens bereits öfter eingetreten ist, glauben die momentanen, speziell militärischen Machthaber Deutschlands, noch weiter harten Kurs überall halten zu sollen. Durch ihr kurzsichtiges, kleinliches und oft leider rücksichtsloses Auftreten, haben sie jedoch die Stimmung bisher gegen sich gründlich aufgebracht und jegliches Vertrauen in ihre guten Absichten herabgesetzt. Heute müsste eine ganz ernste, volle Umkehr ehe baldigst einsetzen, falls jene Misstimmung schwinden soll.

Und doch ist die Befriedigung des reell denkenden, zu positiver Arbeit jederzeit breiten Teiles der polnischen Nation nicht derart unmöglich, wie dies so vielfach behauptet wird.

Polen war seit urdenklichen Zeiten nicht nur das Bindeglied des gesitteten Westens mit dem kulturell so verschiedenen Osten, sondern es hat gleichzeitig die sehr wichtige Mission lange erfüllt, den Schutz dieses Westens gegen die barbarischen Vorstösse östlicher Völkerschaften zu besorgen. In diesen Kämpfen hat es zwar den ehrenden Titel einer: „Schirm-mauer des Christentums“ erworben, und eine zeitlang bedeutende Macht, sowie staatliche Organisationsfähigkeit entwickelt, doch haben gerade diese Kämpfe um die Sicherheit

der westlich Polens gelegenen europäischen Gebiete, seine eigenen Kräfte übermässig verbraucht und es zur Vernachlässigung mancher grundeigener Interessen verleitet. Durch viele Kriegsgreuel heimgesucht und durch fortdauernde Kriegsschäden geschwächt, ist das ehemals besonders kräftige polnische Staatsgebilde in diesem schweren Wachdienste an der Ostfront Europas rascher als andere verbraucht worden und fand sodann in einer gewalttätigen Teilung sein vorzeitiges Ende. Die unter dem seinerzeitigen Schutze Polens grossgewordenen Mittelmächte haben nun jetzt in diesem gewaltigsten aller Kriege eben deshalb Front gegen Osten selbst machen müssen, und den, ihre gesittete Existenz bedrohenden nordischen Koloss, nach hartem Ringen endlich niedergeworfen.

Die künftige Sicherung der eigenen Ostgrenzen erfordert nunmehr, wie bereits erwähnt, dass unter gründlicher Ausnützung dieser gerade heute überaus günstigen Konjunktur, der sonst stets gefahrdrohende Russe aus Europa möglichst weit hinausgedrängt werde, dass grosser Zwischenraum, sowie ausreichende Kraft zwischen diesen Störefried und ur-eigenstes Gebiet eingeschaltet werde. Die polnische Nation bildet eben jene schon geschichtlich prädestinierte, ihrer Kultur und Leistungsfähigkeit nach zunächst hiezu befähigte Naturkraft, welche nur entsprechend organisiert, sowie auf richtig unterstützt zu werden braucht, um die Ausübung der seinerzeitigen europäischen Schutzmission wieder zu übernehmen, während ihr künftiger Gebietsraum eben derart ostwärts ausgedehnt werden müsste, um diese wichtige Aufgabe militär-geographisch zu erleichtern.

Deshalb sollte im eigensten Interesse der Mittelmächte Polen in Hinkunft eine tunlichst zahlreiche eigene Bevölkerung erhalten und seine Grenzen ebenfalls möglichst weit ostwärts hinausrücken können.

Die militärisch minimalsten, zur halbwegs aussichtsvollen Verteidigung der engsten ethnographischen Grenzen am westlichen Bug unerlässlichen Räume, sind schon zu Anfang des Weltkrieges den Polen durch den seinerzeitigen österreichisch-

ungarischen Generalstabschef deutlich genug bezeichnet worden. Ohne festen Besitz von: Grodno, Brześć und Rowno, ist jeglicher Aufmarsch an dieser Buglinie ausgeschlossen, dadurch ein Decken des eigenen Gebietes in jener Flusslinie militärisch undenkbar, somit die Verlegung des anfänglichen Widerstandes auf die allzu westlich gelegene Weichsellinie von Haus aus leider unvermeidlich. Der östliche Feind hätte dann keine sehr wesentlich verschobenen Verhältnisse für den eigenen Angriff, wie er sie so nachteilig und gefährlich zu Anfang des Weltkrieges auszunützen vermochte.

Würde jedoch diese östliche polnische Grenze künftig noch über jene Räume hinaus, womöglich bis zu den seinerzeitigen Ostgrenzen Polens, d. i. bis nahe dem Dniepr, auch heute logischerweise ausgedehnt werden, so würde ganz naturgemäss durch jenes Abrücken der feindlichen Aufmarschmöglichkeit diese Sicherung umso ausgiebiger, daher für die Mittelmächte vorteilhafter sein, während mit der östlichen Ausdehnung der polnischen Machtsphäre auch wieder dessen Bevölkerungsziffer wachsen, somit ein günstiger Kraftzuwachs ebenfalls eintreten müsste. Weil Polen diese gemischt-sprachigen, jedoch durchwegs slavischen Gebiete schon seinerzeit beherrschte und dies zweifellos besser als die späteren Russen zu verwalten verstanden hatte, würde es schliesslich auch heute besser als irgendein Anderer dort kulturelle Verhältnisse pflegen und erweitern, umsomehr, als ja diese Völkerschaften zu einem völlig selbständigen Leben nach den allerletzten Erfahrungen noch gar so wenig geeignet sind.

Das Einverständnis darüber sollte man Polen, Ruthenen, Weissruthenen und auch Lithauern allein überlassen, welche in früheren Zeiten Jahrhunderte lang nebeneinander gelebt haben und trotz mancher Differenzen zu ganz erträglichem Einvernehmen stets gelangten, sobald die absichtliche fremde Aufhetzung ausgeschaltet blieb.

Je weiter östlich die künftigen polnischen Grenzen an Ausdehnung gewinnen und je mehr die Mittelmächte dieses Polen seiner früheren geschichtlichen Mission zurückgeben, desto befriedigter muss sich das pol-

nische Volk dadurch fühlen, desto inniger wird dessen Anschluss an jene Mächte werden. Und sollten die polnischen Ansprüche auf Podolien und Wolhynien weit weniger begründet erscheinen, als dies tatsächlich heute als feststehend erscheint, so wäre es dennoch ein Gebot besonderer Klugheit, dieses für die östlichen Interessen der Mittelmächte sehr wichtige polnische Element durch gründliche Unterstützung in allen jenen Fragen noch weiterhin zu gewinnen, ferner durch gerechtere Behandlung der allen Polen ebenfalls geschichtlich nahestehenden lithauischen und weissrussischen Angelegenheiten sich deren Erkenntlichkeit noch besser zu sichern.

Statt die wenig begründeten, durch gar keine besonderen Interessen der Mittelmächte unterstützten uferlosen Ansprüche der Ukraina zu fördern und die separatistischen Tendenzen einer verschwindenden lithauischen Minderheit so künstlich zu entwickeln, sollten beide Mittelmächte und vor allem Deutschland, darauf ernstlicher als bisher bedacht sein, den altpolnischen Staat in seine geschichtlichen Rechte zurückzuleiten. Je mehr derselbe entwickelt und gegen Osten sowie Nordosten zu verbreitert wird, desto mehr Arbeit nebst Ablenkung muss derselbe in jenen Richtungen vorfinden, desto leichter, sowie vernünftiger kann er dann gewisse, nicht zu ändernde Tatsachen und Entsaugungen in anderer Hinsicht ertragen. Die Möglichkeit, sich in Lithauen, in Wolhynien und Podolien auszubreiten und dadurch Kompensationen für manche nicht mehr heute zurückstellbare Teile des preussisch-polnischen Besitzstandes zu gewinnen, dürfte schliesslich zu tatsächlicher Befriedigung Polens führen, vorausgesetzt, dass sich Oesterreich-Ungarn zur Abgabe Galiziens gerechterweise entschliesst. Dann ist gewiss keine polnische Irredenta zu befürchten und auch kein Gefühl divergierender Interessen jemals möglich, weil es Polens höchstes Ziel werden muss, solche durch Mitwirkung der Zentralmächte erreichte grosse eigene Vorteile zusammen mit jenen Mächten ungeschmälert zu erhalten und nachdrücklichst zu verteidigen.

Jene grossen Vorteile Polen eben zu bieten und es durch

innige Interessengemeinschaft an die Zetralmächte dauernd zu binden, muss aber auch als das einzig rationellste Mittel angesehen werden, um gleichzeitig die volle Befriedigung Polens anzubahnen. Dann kann von irgendwelcher Unverlässlichkeit oder von künftiger Bedrohung zwischen den Beteiligten gar keine Spur aufkommen, während unbefriedigte oder gar unberechtigt zurückgewiesene Aspirationen, den Keim späterer Konflikte von Haus aus mitführen würden.

Geschichtlich und kulturell begründete, in den Traditionen ganzer Völker fortlebende, geographisch wie militärisch kaum abzuweisende Forderungen, welche dazu im harten Kampfe mit bisherigen Verfolgern noch besonderen Wert erreicht haben, müssen eben trotz aller Schwierigkeiten berücksichtigt und schliesslich doch befriedigt werden, falls ein mögliches Zusammenleben einmal gewährleistet werden soll. So darf auch eine allseits zufriedenstellende Lösung jenes, für den ganzen Osten Europa's hochwichtigen polnischen Problems, nicht allein nach dem Gutdünken mancher, heute noch unvernünftig kleinlichen Annexions-Politiker verschleppt, sondern muss gerade weitblickend gefördert werden.

Ein schwaches und von allen Seiten eingeengtes, unzufriedenes, sowie nicht entwicklungsfähiges Polen würde bloss zum Ausgangspunkt neuer Komplikationen werden und der bedauerliche Hass, welchen die kurzsichtigen deutschen Chauvinisten bereits allzulange herausgefordert haben, müsste neue Gegner Deutschlands erwecken. Die ganze friedliche Entwicklung der jetzt unschwer glücklich zu ordnender ost-europäischer Verhältnisse würde dann zweifellos in Frage gestellt, die Konsolidierung des grossen östlichen Produktions- und Absatzgebietes beider Zentralmächte schweren Erschütterungen ausgesetzt werden. Dies sollte jedoch im wohlverstandenen gegenseitigen Interesse unbedingt vermieden bleiben.

Ein befriedigtes, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufrichtig gewonnenes Polen bedeutet aber gleichzeitig einen nicht unerheblichen Kraftzuwachs, eine neue Quelle erhöhten Wohlstandes, sowie gestärkter kultureller Entwicklung. Jeder Kenner westrussischer Verhältnisse wird nämlich zugeben, dass als intelligentes und in jeder Hinsicht leitendes Element

herwärts des Dniepr nur die Polen ernstlich in Frage kommen, so dass es direkt unklug wäre, sich ihre Unterstützung zu begeben.

Die bisherige Politik der Zentralmächte und besonders Deutschlands war den Polen gegenüber noch viel zu kleinlich und von ungerechtem Misstrauen allzu empfindlich durchsetzt. Man rechnete mit der Ukraina viel zu optimistisch und glaubte, die Polen nunmehr weniger berücksichtigen zu müssen, stiess sie auch im Brester Vertrag tatsächlich gänzlich vor den Kopf. Nun hat die bevorzugte Ukraina bereits heute seine vollste staatliche Inkapazität, sowie eigene Lebensunfähigkeit gründlich bewiesen, während Polen trotz der offenkundigen Misshandlung und absichtlichen Zurücksetzung immer mehr in den Vordergrund zu rücken beginnt. Polen hatte eben in der Vergangenheit eine hohe zivilisatorische Mission im Osten Europas zu erfüllen, und lässt sich auch heute, nach vollster Klarstellung der Zersetzung Russlands, sowie der Unkultur jener ihr anverwandten Ukraina, in dieser Mission gar nicht ersetzen.

Deutschland muss aber früher oder später den durch seinen weitblickenden Reichskanzler von Bethmann-Hollweg nun einmal betretenen Weg einer gerechten Wiederaufrichtung Polens trotz aller heutigen Schwierigkeiten weiterstreiten und, durch Österreich-Ungarn unterstützt, die polnische Frage nicht im Sinne kleinlicher Nebenvorteile, sondern im Interesse ganz Mitteleuropas und zum Wohle der beteiligten Nationen schliesslich zu lösen wissen. Ungerechte Behandlung oder gar gehässige Ausrottungspolitik wird dem intelligenten, kulturell hochstehenden, wenn auch dermalen noch weniger organisierten polnischen Volke gegenüber, gerade in Hinkunft gar nicht aufrechtzuhalten sein, falls die durch den Krieg geschlagenen Wunden geheilt werden sollen. Denn hiezu ist werktätige Mitarbeit, freundschaftlich reelle Unterstützung, sowie tatsächliche Zufriedenheit ganz unerlässlich und nur dann wird jene zukunftsreiche Führerrolle Deutschlands in dem heute bereits dämmernden mitteleuropäischen Staatenkonzern trotz aller bestehenden Hindernisse zweifellos gesichert bleiben.

In diesem Sinne würden die unlängst im deutschen Hauptquartier gepflogenen Besprechungen besonders glückliche Rückwirkung üben, falls durch dieselben vom engherzigen Standpunkte einer bisher zu österreichischen oder wieder allzu deutschen Lösung der polnischen Frage Abstand genommen und die im Vorstehenden skizzierte einzig rationelle Rückgabe Polens an seine historische Mission ehebaldigst beginnen könnte.
